Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergs. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vorortsnachrichten 20 Pfg. Unterm Strich (Einges.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Für Aufgabe angewandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1894.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Thüre zu! D.R.-Patent. Thüre zu!

Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. **70,000** Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N.,
Tieckstr. 12, Fr. 27. (Fernsprechamt II, Nr. 2[illegible])

Ostergeschenke, Gesangbücher
in allen Preislagen, empfiehlt in grösster Auswahl
Bernhard Rüdiger,
Wilsdrufferstrasse 3, zunächst dem Altmarkt.

St. Gotthard, aromatischer **Alpenkräuter-Magenbitter** vom Apotheker **A. Kretzschmar** in Chemnitz ist der **beste** und **gesündeste Magenlikör der Welt.** Derselbe macht Appetit, stärkt den Magen, die Verdauung u. heilt verdorb. Magen. St. Gotthard ist zu haben in all. gr. Colonialw.- u. Drogenhdlg., Apothek., Delicatessgresch., Conditoreien, Weinhandlungen und Restaurationen.

C. Heinrich Barthel
Stroh- und **Filzhutfabrik,** Putz- und **Modewaarenhaus**
30 Waisenhausstrasse 30
(nächst der Victoriastrasse)
Täglicher Eingang von **Neuheiten** des In- und Auslandes.

Neu! Geradehalter „Camillo" Geradehalter neuer verbesserter Construktion gegen runde Rücken und schlechte Körperhaltung, für Erwachsene und Kinder, fertigt **Carl Wendschuch,** Königl. Hoflieferant, **Trompeterstr. 8.**

Nr. 68. Spiegel: Interesse der Reichsregierung für die Landwirthschaft. Hofnachrichten, Kunstlotterie, Landtagsverhandlungen, Quartalswechsel, Confirmandenkleidung, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Dreßsig'sche Singakademie. **Freitag, 9. März.**

Politisches.

Die Reichstagsdebatten über die Aufhebung des Identitätsnachweises, bei denen naturgemäß auch die Frage der Aufhebung der preußischen Staffeltarife gestreift wurde, ergaben endlich wieder einmal ein erfreuliches Bild. Während man leider seit Monaten gewohnt war, daß die Vertreter der Reichsregierung Schulter an Schulter mit dem Freisinn und der Sozialdemokratie die konservativ-agrarische Opposition bekämpften, veränderte sich am Mittwoch die Situation. Der stürmische Beifall war verstummt, der sonst von der linken Seite des Hauses in reichlicher Anerkennung erbrauste, wenn von der Stelle aus gesprochen wurde, an der einst Fürst Bismarck mit seinem gewaltigen Quos ego den Führern des antinationalen Radikalismus gegenübertrat. Vorgestern hatten am Bundesrathstische zwar auch Graf Caprivi und Freiherr von Marschall Platz genommen; aber sie hüllten sich in Schweigen. Den Regierungsstandpunkt vertraten an ihrer Statt die beiden Leiter der Reichs- und der preußischen Finanzen, die Männer, die nach der Annahme des Handelsvertrags mit Rußland berufen sein werden, die Direktion des parlamentarischen Orchesters in Berlin zu übernehmen. Zur Opposition formirte sich diesmal die soziale und die bürgerliche Demokratie unter Führung Eugen Richter's. In geschlossener Einheit traten diesen beiden extremen Parteien die Reichsregierung und die Wortführer der nationalen Fraktionen mit Einschluß des Centrums gegenüber. Zum zweiten Male ereignete es sich, daß von Seiten der Regierung die Klagen der Landwirthe, nicht, wie es bisher zu geschehen pflegte, als demagogische Uebertreibungen bezeichnet wurden. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes trat vollständig der Auffassung bei, die der preußische Finanzminister am vierten Tage der Handelsvertragsverhandlungen des Reichstages mit kraftvoller Entschiedenheit zum größten Verdruß der Freisinnigen wie der Nationalliberalen zur Geltung gebracht hatte. Dieser Verdruß war so groß, daß man den Leiter der preußischen Finanzen sofort als einen geheimen Agrarier zu denunciren und glauben zu machen suchte, Miquel stände innerhalb der regierenden Kreise völlig isolirt da und die Stunde seines Rücktrittes habe geschlagen. Wie nichtig dieses böswillige Gerede und wie wenig von Amtsmüdigkeit bei dem ausgezeichneten preußischen Staatsmanne zu verspüren ist, bewiesen die vorgestrige Miquel'sche Rede und die mit derselben übereinstimmenden Ausführungen des Grafen Posadowsky. Es ist nicht ein bloßer Zufall, daß gerade diese beiden Mitglieder des Bundesrathes die Begründung und Vertheidigung der Aufhebung des Identitätsnachweises übernommen hatten. Dieser Gesetzentwurf soll eine der Kompensationen sein, die der Landwirthschaft für den deutsch-russischen Handelsvertrag geboten werden sollen. Er soll dazu dienen, die feste Absicht der Reichsregierung, dem unzweifelhaft vorhandenen Nothstand der Landwirthschaft mit allen Mitteln entgegenzutreten, der Verwirklichung zuzuführen. Die Hauptvertreter der Auffassung, daß sich unsere Landwirthschaft in einer Nothlage befindet und daß ihr unter allen Umständen geholfen werden müsse, sind Miquel und sein spezieller Kollege Graf Posadowsky. Es erscheint dies auch aus taktischen Gründen sehr begreiflich. Nach den Osterferien treten die Reichsfinanzreform und die Steuergesetzentwürfe wieder auf die Tagesordnung und es erwächst dann für die beiden Leiter der Finanzen des Reiches und Preußens die schwierige Aufgabe, den Widerstand, der von Seiten des Reichstages der Finanz- und Steuerreform entgegengesetzt worden ist, zu überwinden. Ohne die thatkräftige Unterstützung der Konservativen ist dies nicht möglich. Daher muß es den beiden Staatsmännern in erster Linie darauf ankommen, den Konservativen ein opferwilliges und freudiges Mitarbeiten an der Finanz- und steuerpolitischen Gesetzgebung zu ermöglichen. Der Reichskanzler ist aber nach seiner ganzen Vergangenheit nicht im Stande, für die konservative Opposition die Brücke zur Verständigung und Versöhnung zu schlagen. Nur die Persönlichkeit Miquel's kann den Konservativen die Gewähr bieten, daß es die aufrichtige Absicht der Reichsregierung ist, in zielbewußter, programmatischer Weise wieder mit denjenigen nationalen Parteien zusammenzuarbeiten, die naturgemäß die feste, zuverlässige Stütze der Politik im Reiche und in Preußen bilden sollten, wie es im alten Kurse stets der Fall gewesen ist. Der General-Reichskanzler hatte einst bei Antritt seines Amtes im preußischen Abgeordnetenhause erklärt, daß der Kurs der alte bleiben solle, daß er auf einen engeren Zusammenschluß aller Derjenigen hoffe, die gesonnen sind, den preußischen Staat und das Reich im nationalen und monarchischen Sinn weiter zu führen und ausbauen zu helfen. Der Reichskanzler ist aber auf bedenkliche Abwege gerathen, die diese Hoffnung zu nichte gemacht haben. Nur Miquel ist im Stande, wieder auf den Weg zurückzuführen, der jenes enge Zusammengehen aller streng nationalen und monarchischen Elemente ermöglicht, welches allein die dauernde parlamentarische Grundlage für eine gedeihliche Reichspolitik im Sinne des Altreichskanzlers abgeben kann.

Graf von Posadowsky leitete seine vorgestrige Rede zur Aufhebung des Identitätsnachweises mit dem offenen Bekenntniß ein, daß die Klagen der Landwirthschaft nicht nur „Seifenblasen der Agitation" sind, sondern auf ernsten, schwerwiegenden Thatsachen beruhen. Als ein Beispiel für die Lage der Landwirthschaft führte er einen auf amtlichen Grundlagen festgestellten Bericht der Westpreußischen Landschaft an, aus dem sich ergiebt, daß in dem zwanzigjährigen Zeitraum von 1872 bis 1892 von etwa 1000 selbstständigen Gütern 237 zur Subhastation gestellt und 222 thatsächlich subhastirt sind. Ich gebe zu erwägen, setzte der Reichsschatzsekretär hinzu, was es heißt, wenn der fünfte Theil des selbstständigen Grundbesitzes einer Provinz im Laufe von 20 Jahren zur Subhastation kommt; was es bedeutet für das Kommunalleben der Provinz, für die Kreise, für Kirche, Schule und Gemeinde. Darin liegt in der That das Bild einer enormen Schädigung der allgemeinen Landeskultur. Das klingt doch ganz anders, als die abfällige Verurtheilung, die der Reichskanzler den Argumentationen des Bundes der Landwirthe auf Grund allgemein gehaltener Redewendungen, die auffällig mit der Kampfesweise der manchesterlich-demokratischen Presse übereinstimmten, hat zu Theil werden lassen. Ganz wie Miquel gab auch Graf Posadowsky das Versprechen, daß der Landwirthschaft mit allen Mitteln geholfen werden müsse. Trotz ihrer schweren Lage müßten aber die Landwirthe Geduld haben. Denn ein Universalmittel, ein Lebenselexir für die Landwirthschaft gebe es nicht. Viele gesetzliche Mittel müßten angewendet werden und die Regierung könne deshalb der Landwirthschaft nicht von heute auf morgen aufhelfen. In Uebereinstimmung hiermit hat der preußische Finanzminister in einem Trinkspruch, den er bei einem Festmahl des deutschen Landwirthschaftsrathes in Berlin auf den Vorsitzenden desselben ausgebracht hat, nochmals seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß sich die deutsche Landwirthschaft in einer Nothlage befindet. Man habe, so führte er aus, zu Anfang dieses Jahrhunderts durch die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung in Preußen und ungefähr gleichzeitig in allen deutschen Staaten, den Grund und Boden von den darauf ruhenden sogenannten Feudallasten frei gemacht, sich dann aber bis heute um diesen in der früheren umfassenden Weise nicht bekümmert. Wie sehr die Befreiung von den Feudallasten eine Wohlthat gewesen sei, so sei es doch ein Fehler, zur Gestaltung der rechtlichen Natur des Grundbesitzes nichts zu thun, ihn nach Loslösung von dem Feudalverbande sich selbst zu überlassen. Wir müßten vielmehr von dem Zustande und der Auffassung, daß der Grundbesitz eine Waare wie jede andere sei, wieder zurückkehren zu dem alten germanischen Rechte, nach dem Grund und Boden nicht einmal individuelles Eigenthum, sondern eine Art Familieneigenthum mit besonderen Grundsätzen der Vererbung ist. In den letzten 30 Jahren seien alle Gesetze wesentlich zu Gunsten und mit Rücksicht auf Handel und Industrie gegeben. Er lasse dahingestellt, ob das richtig gewesen sei, jedenfalls wisse er von dem Kaiser und zweifle nicht, daß die hohen Bundesfürsten ihm darin zustimmen, daß es der allerhöchste Wille sei, von welchem auch die Regierung getragen werde, daß nunmehr eine neue Periode von 20 Jahren einzutreten habe, in der die Interessen und Bedürfnisse der Landwirthschaft für die Rechtsentwickelung, Gesetzgebung und Regierung maßgebend sein müßten.

Daß die entgegenkommenden und versöhnlichen Darlegungen Miquel's wie des Grafen Posadowsky bei den Konservativen nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind, kehren die anerkennenden Worte des konservativen Redners von Puttkamer-Plauth erkennen. „Die einleitende Rede des Schatzsekretärs," sagte er, „hat auf dieser Seite des Hauses sehr angenehm berührt. Sie hat uns die Ueberzeugung verschafft, daß unter den hohen Beamten der Reichsverwaltung auch Leute sind, die nicht nur ein warmes Herz, sondern auch ein ganz besonderes Verständniß für die Lage der Landwirthschaft besitzen, und die sogar von dem Bund der Landwirthe mit Ruhe und ohne alle Erregung sprechen können. Ich glaube, daß bei dieser objektiven Beurtheilung der Bestrebungen des Bundes der Landwirthe wir am ersten zu einer Verständigung gelangen werden, jedenfalls mehr als durch die Behandlung, die wir bisher leider erfahren haben." Möchte doch endlich die Reichspolitik die Wege einschlagen, die ihr Miquel in seinen letzten programmatischen Reden gewiesen hat!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 8. März.

Berlin. Reichstag. Eingegangen ist die Vorlage betr. die Verlängerung des Handelsprovisoriums mit Spanien. Auf der Tagesordnung steht der Marineetat. — Abg. Dr. Lieber (Centr.) berichtet über die Verhandlungen in der Kommission, besonders über den Unfall auf der „Brandenburg". — Abg. Singer (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat Das, was er in der Kommission über den Unfall gesagt hat, als seine persönliche Meinung bezeichnet; trotzdem haben seine Mittheilungen eine große Bedeutung. Die Ursache des Unfalls soll das Fehlen einer Sicherheitsvorrichtung an dem Ventil gewesen sein, auch auf der Zeichnung soll die Vorrichtung gefehlt haben. Wen da die Schuld trifft, wird zu untersuchen sein. Ich zweifle nicht, daß, wenn alle Angaben des Staatssekretärs zutreffen, der „Vulcan" eine erhebliche civilrechtliche Verantwortung zu tragen hat. Unbegreiflich ist es eigentlich, daß eine ganze Sicherheitsvorrichtung fehlen konnte. Allerdings waren ja gleichzeitig vier Schiffe im Bau und nach Angabe des Staatssekretärs nur ein einziger beaufsichtigender Beamter zur Verfügung. Aber wie konnte die Marineverwaltung eine so unzulängliche Beaufsichtigung zugeben? Es gereicht nur zur Genugthuung, daß auch von anderen Seiten der Kommission die Frage aufgeworfen wurde, ob es nicht unter solchen Umständen mit dem Bau von Schiffen langsamer gehen solle. Anlaß zur Vorsicht gegenüber der Werft „Vulcan" lag um so mehr vor, als schon auf anderen vom „Vulcan" erbauten Schiffen Unfälle vorausgegangen waren. Keineswegs kann man den Standpunkt des Staatssekretärs theilen, daß ein unabwendbares Unheil vorliege. Unbegreiflich ist vor Allem die Anfertigung eines Maschinentheiles, auf dessen Zeichnung der Stempel des Aufsichtsbeamten fehlte. Wir müssen um Wiederholung der Erklärung des Staatssekretärs bitten, daß bei Nachweis eines Verschulden des „Vulcan" dieser civilrechtlich zur Verantwortung gezogen werde. — Abg. v. Massow (kons.): Meine Partei hält es für richtig, erst das Ergebniß der Untersuchung abzuwarten und wird sich daher an der weiteren Debatte hierüber nicht betheiligen. — Staatssekretär Hollmann: Aus sehr naheliegenden Gründen kann ich hier Erklärungen nicht abgeben, wie ich das in der Kommission gethan habe, wo ich meine persönliche Ansicht aussprach. Ich würdigte das Verlangen der Kommission, möglichst bald einen Ueberblick zu erhalten, und gab deshalb dort Erklärungen ab. Ob ich darin recht that, bleibe dahingestellt. Ungefähr bin ich ja durch meine Sachverständigen orientirt, aber ob das Urtheil, das ich mir persönlich gebildet habe, richtig ist, ist noch abzuwarten. Wenn sich eine Schuld des „Vulcan" ergiebt, wird er zur Verantwortung gezogen werden. Es sind ferner, um die zweite Frage des Abg. Singer zu beantworten, alle Vorkehrungen getroffen, die Möglichkeit eines ähnlichen Unfalles bei anderen Schiffen zu verhindern. Noch ein Wort über den „Vulcan". Bis zu dem Unfall auf der „Brandenburg" hatten wir keinen Anlaß, über den „Vulcan" anders, als sehr gut zu urtheilen. Stellt sich eine Schuld des „Vulcan" heraus, so wird er gewiß auch nichts versäumen, um die Schuld zu sühnen und ähnliche Vorfälle unmöglich zu machen. Bis dahin hat er jedenfalls ausgezeichnete Leistungen geliefert, in jeder Beziehung vorzügliche Leistungen, weit über das Maß des geforderten hinaus. Was den Unfall auf der „Spree" des Norddeutschen Lloyd anlangt, so war die „Spree" das erste Schiff, das der „Vulcan" mit solcher Konstruktion baute und zwar nach den Anordnungen der Gesellschaft. Das Unglück auf der „Brandenburg" ist nicht durch schlechtes Material oder liederliche Arbeit veranlaßt. Das Verhalten der Mannschaft bei dem Unfall war über alles Lob erhaben. — Abg. Lingens (Centr.) wünscht, daß in kirchlicher Beziehung bei der Marine mehr geschähe. — Staatssekretär Hollmann sagt bereitwillig Entgegenkommen zu. — Abg. Müller (frei. Volksp.) bemängelt, daß schon vor angestellter Untersuchung der „Reichsanzeiger", allerdings in seinem nichtamtlichen Theil, das Unglück als nicht abwendbar bezeichnet habe. Durch die Darstellung des „Reichsanzeigers" sei die Bevölkerung geradezu beunruhigt worden. Wenn wir uns auch ein abschließendes Urtheil über den Unfall auf der „Brandenburg" noch vorbehalten, müssen wir doch bitten, so lange noch Schiffe im Bau sind, die Bewilligung neuer zu vertagen. Beim Kapitel „Betrieb der Flotten" beantragt Abg. Richter, für die Indienststellung nicht blos ½ Million, sondern 1½ Million abzusetzen. Die Indienststellungen für Ostafrika sollen beschränkt werden und es sei nicht nöthig, die Yacht „Hohenzollern" das ganze Jahr in Dienst zu stellen. — Abg. Bachem (Centr.): Die Kommission hat die von Richter beantragte weitere Streichung mit den Unterlagen des ganzen Systems für unvereinbar gehalten. Wir würden damit wichtige Interessen schädigen. Der Dienst der Flotte im Bereiche des auswärtigen Amts auf fremden Stationen sei ein Dienst, der direkten Nutzen bringe. Eine Einschränkung könnte großen Schaden bringen. Dasselbe gilt von der Ausbildung der Mannschaften auf den Schulschiffen. — Abg. Richter (frei.) weist darauf hin, daß in diesem Jahr noch immer volle 600,000 Mk. mehr für die Marine zur Verfügung gestellt werden, als für das laufende Jahr bewilligt worden sind. — Staatssekretär Hollmann bittet um Bewilligung der vollen Summe, anderenfalls gerathe die Marineverwaltung in große Verlegenheit. Es handle sich um Indienststellung auch einer Reservedivision, mit welcher Erfahrungen gesammelt werden sollen. Auch die Ausbildung auf den Schulschiffen und der Dienst des Auswärtigen Amtes würden bei einer Streichung leiden. — Der Antrag Richter wird abgelehnt und dem Beschluß der Kommission entsprechend werden nur ½ Million gestrichen. — Der Rest des Ordinariums wird nach den Vorschlägen der Kommission angenommen, ebenso das Extraordinarium mit Ausnahme der ersten Raten für die Schiffe „Ersatz Preußen", „Ersatz Leipzig" und „Ersatz Falke", über welche Richter namentliche Abstimmung beantragte, und die daraufhin von der Tagesordnung abgesetzt wurden. — Morgen Etat der Reichseisenbahnen, des Reichsschatzamtes, Rest des Extraordinariums vom Marineetat, sodann zweite Lesung der Aufhebung des Identitätsnachweises.

Berlin. Die Handelsvertragskommission des Reichstags nahm heute den russischen Handelsvertrag mit 16 gegen 12 Stimmen an. Staatssekretär v. Bötticher bemerkte, seine gestrigen Mittheilungen über die Staffeltarife seien in der Presse vielfach falsch aufgefaßt worden. Er habe nicht gesagt, daß die Staffeltarife niemals mehr eingeführt werden sollen, sondern vielmehr darauf hingewiesen, daß Fälle eintreten können, in denen die Einführung der Staffeltarife gerade im Interesse des Westens nothwendig werden könnte. Im weiteren Verlaufe der Debatte wurde regierungsseitig die Möglichkeit der Aufhebung der Staffeltarife zu einem früheren Termin als den 1. December ds. J. in Aussicht gestellt. Bei dem Tarif für die russische Einfuhr nach Deutschland wurde insbesondere außer der Position „Getreide" auch die Position „Holz und Flachs" von konservativen Rednern beanstandet.

Berlin. Im Abgeordnetenhause wurden heute bei Gelegenheit des Kultusetats die bekannten Vorgänge an der Bonner Universität zur Sprache gebracht, wo sich die katholischen Studentenvereine geweigert hatten, bei einem Kaiser-Geburtstags-Kommers ein Hoch auf den Fürsten Bismarck zuzulassen und dafür vom Rektor Camphausen zurechtgewiesen worden waren und dergleichen. Der Kultusminister bezeichnete die Aeußerungen des Rektors als nicht richtig dargestellt, oder vielleicht als etwas zu weitgehend; das Verfahren der katholischen Vereine dagegen sei wenig taktvoll gewesen. — Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Die „Frankf. Ztg." veröffentlicht einen Brief des Mitredakteurs des „Kladderadatsch", der sich über die bekannten Angriffe dieses Witzblattes auf die Beamten des auswärtigen Dienstes verbreitet. Das Frankfurter Blatt behandelt die Sache so ernst, daß wir an die Echtheit des Briefes glauben müssen, so wenig auch der Inhalt mit einer Anzahl sehr freier und ohne allen thatsächlichen Anhaltspunkt vorgebrachter Urtheile über Verhältnisse und Personen dazu geeignet erscheint. Ist der Brief aber echt, so beweist er erst recht, wie außerordentlich der gute Glaube der Redaktion des Witzblattes mißbraucht worden ist und wie richtig die Erklärung im „Reichsanzeiger" war, daß die Angriffe von einer unbekannten Gegnerschaft auszugehen scheinen, die sich scheue, offen hervorzutreten.

Berlin. Die nächste Sitzung der Silberkommission ist auf den 12. März anberaumt.

Hamburg. Der von hier mit Hinterlassung einer Schuldenlast von 150,000 Mk. geflüchtete Rechtsanwalt ist Dr. Goldschmidt. Ein Berliner Rechtsanwalt verliert allein 50,000 Mk.

Rom. Auf dem Monte Citorio fand vor dem Kammergebäude eine Stunde nach Schluß der Sitzung eine Bomben-Explosion statt, wodurch einige Fenster des Kammergebäudes gesprengt wurden. Von den Passanten sollen 2 Personen verwundet worden sein. Die Detonation war eine sehr starke und wurde auf vielen Punkten der Stadt gehört. Die Urheber der Explosion sollen bereits verhaftet sein.

Rom. Die Bomben-Explosion auf dem Monte Citorio verursachte die Zerstörung einer Anzahl innerer und äußerer Fenster des Kammergebäudes und in dessen Umgebung. Nur wenige Deputirte befanden sich noch im Kammergebäude. Polizisten und Militär entfernten die auf dem Monte Citorio angesammelte Menge und besetzten die Zugänge. 4 Passanten wurden verletzt, 2 schwer und 2 leicht. Unter den Verhafteten befindet sich ein Verwandter, welcher für den Urheber gehalten wird. Der Thatort weist ein großes Loch in der Straße und Blutspuren auf.

Dresden. Nach vierstündiger Sitzung wurde heute Abend 11 Uhr von den Stadtverordneten in Sachen des städtischen Elektrizitätswerkes das Gutachten des Verwaltungsausschusses (St.-V. Hartwig I.) abgelehnt und dagegen der Antrag des St.-V. Oberregierungsrath Krieg, welcher dem Rathsbeschlusse zustimmt und nach welchem die Stadt das Elektrizitätswerk erbauen und in Betrieb nehmen soll, angenommen.

Die Berliner Börse zeigte schwankende Haltung; gegen Schluß ermattete die Tendenz auf allen Gebieten. Oesterreichische Papiere angeregt, infolge der eingeleiteten Verstaatlichungsaktion. Mexikaner durch die Besserung des Silberpreises günstig beeinflußt. Italiener infolge Deckungen höher bezahlt. Gerüchte, daß auf dem Bochumer Werk Arbeiterentlassungen stattgefunden, beeinflußten den Coursstand der Hüttenwerthe ungünstig, während sich Kohlen behaupteten. Kreditaktien über 1 Prozent höher bezahlt, später aber um ca. 1 Prozent niedriger. Deutsche Bank abgeschwächt. Von

Pfund's sterilisirte Kindermilch. (Centrifuge) Trocken-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79.